



Regierungsprogramm 2015 bis 2019: Misstrauen und wenig Konkretes

Im Juli wurde der Bremer Senat gewählt und der neue Präsident des Senats, Carsten Sieling, gab eine erste Regierungserklärung in der Bremischen Bürgerschaft ab. Als Grundlage der neuen Regierungsarbeit dient das Regierungsprogramm bzw. der Koalitionsvertrag, der es auch dieses Mal in sich hat: Die Polizei schaffte es in die Präambel, denn dort wurde festgehalten, dass die Polizei „weiterhin ihre unabdingbaren Aufgaben für die Menschen in unseren beiden Städten erfüllt“.

79 Seiten später, weit hinter Arbeit, Wirtschaft, Landwirtschaft, Soziales und Flüchtlinge, beginnt das Kapitel Inneres mit den Punkten:

- **Bürgernahe Polizei**
- **Für eine leistungsfähige Polizei**
- **Schutz vor und Ahndung von Übergriffen**
- **Kriminalität entschlossen bekämpfen**
- **Wirtschaftskriminalität und Cybercrime**
- **Bürgerservice und öffentliche Ordnung**

In einer Bremer Zeitung wurde zum Koalitionsvertrag ein passender Artikel mit der Überschrift: „335 Mal formuliert Rot-Grün ‚wir wollen‘ und ‚wir werden‘ – das ist wirklich Spitze“ (Weser Report vom 5. 7. 2015). Beim Überprüfen des Koalitionspapiers mit unseren GdP-Positionen stellte der geschäftsführende Landesvorstand vor allem Folgendes fest:

Wenig Konkretes, aber viel Raum für Interpretation

Die Festlegung auf die Zielzahl 2540 für die Polizei Bremen ist sehr konkret. Die Errichtung eines Zentralgewahrsams ebenso. Unsere geforderte erhöhte Zielzahl für Bremerha-



Foto: Bremische Bürgerschaft

ven und das Stadtamt sucht man jedoch vergebens. Die Landespolizei ist erneut aufgenommen, 20 Jahre Prüfen der Doppelstrukturen reichten nicht aus, um dem Thema Landespolizei auch Inhalte zu geben. Weiteren Raum für Befürchtungen, aber auch Hoffnung geben Worte wie Standortkonzepte, bedarfsabhängige Dienstpläne, Entlastung von Aufgaben und die Reformierung des Polizeigesetzes. Polizeiliche Präventionsarbeit scheint gänzlich untergegangen zu sein, denn der Rückzug aus den Stadtteilen droht und die Anzahl von Kontaktpolizisten steht auf dem Prüfstand.

Misstrauen in unsere Polizeiarbeit

Leider enthält der Koalitionsvertrag ein klares Misstrauen in unsere Arbeit. Racial Profiling, unzulässige polizeiliche Datenspeicherung und Weitergabe, Gefahrenorte, Ermittlungen gegen Polizeibeamte außerhalb des Innenressorts und einen Gewaltbeauftragten lassen den Eindruck entstehen, Polizistinnen und Polizisten handeln überwiegend rechts-

widrig und überzogen. Das Gewaltmonopol erfordert zurecht eine kritische Überprüfung, aber dafür wurden eigens Straftatbestände und gut funktionierende Mechanismen bei Gründung dieser Republik etabliert. Kein Grund, zusätzliche Klientelpolitik zu betreiben. Warum die rot-grüne Koalition ihre veraltete Sichtweise nicht der realistischen, modernen und professionellen Polizeiarbeit des 21. Jahrhunderts anpasst, ist nicht nachvollziehbar.

Im Gegenzug zum Misstrauen bieten die Koalitionspartner an, öffentlich für gegenseitigen Respekt bei Übergriffen auf Beamtinnen und Beamte einzutreten – durch einen Dialog, also durch Reden. Vor, während und nach dem Wahlkampf fiel es vor allem Bündnis 90/Die Grünen schwer, überhaupt Kontakt mit der GdP aufzunehmen. Ein Beispiel: Auf Nachfrage, welche Schwerpunkte die Grünen für die Koalitionsverhandlungen erarbeitet haben, erhielt die GdP einen kurzen Hinweis auf die Homepage der Grünen. Ein Dialog sieht anders aus!

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Unsere geforderte Strafverschärfung bei hinterhältigen Übergriffen auf Beamte scheint in Bremen keine Unterstützung mehr zu erhalten. Zum Glück jedoch von anderen Landesregierungen!

**Entlastung beim Stadttamt?
Der Bund muss es richten**

Das Stadttamt Bremen und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leiden unter den extrem hohen Krankenständen und der Personalknappheit. Der Koalitionsvertrag sieht vor, alles so zu belassen, denn der Konsolidierungsprozess wird fortgesetzt. Zusätzliches Personal ist nicht vorgesehen. Nur die Poolkräfte sollen mit-

hilfe der Gelder vom Bund im Stadttamt gehalten werden, denn Ausgebildete und Poolkräfte verlassen das Stadttamt Bremen bei erstbestem Gelegenheit. Kein Wunder, wenn die Arbeit im Stadttamt krank macht und der Arbeitgeber kaum Besserung in Aussicht stellt.

Positiv scheint die Gründung eines städtischen Ordnungsdienstes, der Lärmanzeigen bearbeitet und Gewerbeüberwachung und Kontrollen von Spielhallen durchführt. Derzeit werden diese Aufgaben u. a. durch vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gewerbeaufsichtsdienst im Stadttamt erfüllt. Bei allem Engagement, für diese vier eine nicht zu bewältigende Aufgabe im gesamten Stadtgebiet. Hier besteht eine gute Chance, diese wichtige Aufgabe mit Leben zu füllen und ggf. auch die Polizei zu entlasten.

die Koalitionspartner. Pläne für Mehreinnahmen sind die Anpassung aller Gebührenordnungen, Erhöhung der Grundsteuer und Hundesteuer, Kostenbeteiligung der DFL und einiges mehr. Nach wie vor sind die einzelnen Ressorts aufgefordert, Personaleinsparungen zu erbringen, denn die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst soll weiterhin verringert werden. In der Kernverwaltung muss jährlich um 2,6% und bei bürgernahen Dienstleistungen um 1,6% reduziert werden. Der Personalabbau geht somit weiter, sogar stärker als zuvor, denn jetzt müssen diese Werte jährlich erbracht werden. Der einzige Trost: Gelingt es einem Ressort nicht, die Personalreduzierung zu erreichen, kann dies durch andere Einsparungen ermöglicht werden. Wer also kein Personal abbaut, darf dann aus dem Ressortbudget bezahlen.

TERMIN

Redaktionsschluss für die September-Ausgabe 2015, Landesjournal Bremen, ist der **4. August 2015**.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de

Extreme Haushaltsnotlage

Der entscheidendste Teil des Koalitionsvertrages ist und bleibt aber der Teil Finanzen und Personal fast am Ende der 139 Seiten. Im Finanzteil wird klar, warum der Koalitionsvertrag ist, wie er ist. Unser Bundesland Bremen befindet sich nach wie vor in einer extremen Haushaltsnotlage, schreiben

Wie wichtig unsere gewerkschaftliche Arbeit in den kommenden vier Jahren ist, verdeutlicht dieser kleine Auszug an Themen des Koalitionsvertrages. Es stehen uns harte Zeiten bevor, die wir nur gemeinsam überstehen. Unsere starke GdP kämpft dabei immer in der ersten Reihe.

Der Landesvorstand



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X

FACHGRUPPE ZENTRALE DIENSTE

**Einladung zum
Fachgruppenseminar**

Vom 16. bis 18. 9. 2015 veranstaltet die Fachgruppe Zentrale Dienste (FG ZD) ihre diesjährige Gewerkschaftstagung in Tossens. Geplante Themen sind u. a.:

- **Personalratsarbeit, Personalvertretungsgesetz und andere rechtliche Grundlagen**
- **Personalratswahlen am 9. 3. 2016: Wahlrecht und Aufstellung der GdP-Listen**
- **Altersgerechte Personalentwicklung (APE) in der Polizei Bremen (Dr. C. Roelecke)**
- **Gewerkschaftlicher Situationsbericht (Jochen Kopelke, Heinfried Keitbahn)**

Programmänderungen bleiben vorbehalten!

Für die dreitägige Bildungsveranstaltung mit dem Titel „Die Gewerkschaft in der Gesellschaft“ kann Bildungsurlaub beantragt werden. Musteranträge sind in der Geschäftsstelle erhältlich.

Anmeldungen zur Veranstaltung nehmen die freundlichen Kolleginnen der GdP-Geschäftsstelle gerne unter Telefon 1 09 48 (Behörde) entgegen.

Bernd Hinrichs



POLITISCHES NACHTRETEN

Kennzeichnungspflicht 2.0

Zwei Jahre ist es her, dass wir auf dem Bremer Marktplatz und vor dem Haus der Bürgerschaft für die Übernahme des Tarifergebnisses 2013/2014 demonstriert haben. Zwei Jahre ist es her, dass die Bremer Landesregierung eine Nullrunde für Beamtinnen und Beamte beschlossen hat. Durch Unterstützung aus Nordrhein-Westfalen gelang es, diese verfassungswidrige Nullrunde aufzuheben. Diese harte und grenzwertige Auseinandersetzung im Kampf um unsere Besoldungsanpassung hat Narben hinterlassen.

Der Schock innerhalb der politischen Landschaft, einer so starken GdP gegenüberzustehen und durch die Entscheidung einer Nullrunde für so viel Wut und Zorn innerhalb der Beschäftigten im öffentlichen Dienst verantwortlich zu sein, sitzt tief. Der Schock sitzt sogar so tief, dass er auch zwei Jahre später zur Folge haben soll, dass der Senator für Inneres die Kennzeichnungspflicht 2.0 einführen will.

Der Erlass über das Erscheinungsbild der Polizeivollzugsbeamtinnen

und Polizeivollzugsbeamten der Polizeien im Lande Bremen soll nach Plänen des Innensenators geändert werden. Genau genommen will der Innensenator durch die vorgelegte Änderung des Erlasses ermöglichen, dass Polizeibeamte an Versammlungen überhaupt erst teilnehmen dürfen. Die Absicht des Senators: Jeder Polizeibeamte kennzeichnet sich in Zukunft, wenn er Teilnehmer einer Veranstaltung ist. Dabei sollen aber nur Polizeibeamte eine Kennzeich-



Scannen Sie ruhig meine Personalien, meine Familie und ich freuen uns über ungebetenen Besuch.

nung tragen. Feuerwehrbeamte in Uniform, Richter in Roben, Ärzte in Kittel, all das steht unter dem Schutz der Versammlungsfreiheit. Polizeibeamte sollen in Zukunft nur noch eingeschränkt von ihrem Versamm-

lungsrecht Gebrauch machen dürfen. Aus Sicht der GdP ist dieses Nachtreten überzogen und unangebracht! In Deutschland gilt laut Versammlungsgesetz ein Uniformverbot für öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, wenn es Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung sein soll. Versammlungen, die der Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen i. S. d. Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz dienen, bieten uns aber die Möglichkeit, unsere Dienstkleidung als Zeichen der Zugehörigkeit zur Berufsgruppe zu tragen. Das war in der Freien Hansestadt Bremen rund 70 Jahre möglich. Nur jetzt soll es nach dem Willen des Innensenators nicht mehr möglich sein. Andere Innenministerien beschneiden die Grundrechte ihrer Polizeibeamten auf diese Art und Weise nicht. Bereitet sich die neue Landesregierung etwa schon auf harte Tarif- und Besoldungsauseinandersetzungen vor? Oder ist es tatsächlich ein Nachtreten für eine verlorene verfassungswidrige Besoldungsanpassung 2013/2014?

Wir fordern den Senator auf, die Änderungen des Erlasses zu verwerfen und bei der seit Jahrzehnten gültigen Regelung zu bleiben.

Heinfried Keithahn

FACHGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI

Bodycam demnächst im Einsatz

Der Einsatz mobiler Videoüberwachung (sog. „Bodycams“) in Bremen steht unmittelbar bevor. Dafür laufen derzeit die allerletzten Vorbereitungen. Die Einsatzkonzeption der Polizei Bremen wird sich eng am Pilotprojekt der hessischen Polizei orientieren mit dem Ziel, die Schulterkamera im Rahmen eines Probelaufes für sechs Monate zu erproben. Vorrangig soll festgestellt werden, ob mithilfe der mobilen Videoüberwachung bei gewaltbereiten Personen eine abschreckende Wirkung erzielt wird. Des Weiteren soll die Schulterkamera zur Eigensicherung der einschreitenden Beamten

dienen und das Einsatzgeschehen objektiv und gerichtsfest dokumentieren. Es besteht auch die Möglichkeit, bei unberechtigten Strafanzeigen bzw. Beschwerden gegenüber Polizeibeamten mit eigenem Bildmaterial die tatsächlichen Begebenheiten rechtssicher darzustellen. Somit dient die Schulterkamera sowohl der Gefahrenabwehr als auch der Beweisführung.

Die Erfahrungen aus Hessen zeigen, dass der Einsatz von Schulterkameras eine spürbar deeskalierende Wirkung hat und die Anzahl der gewalttätigen Übergriffe auf Beamte rückgängig ist. Insbesondere im

Bereich der Discomeile kommt es häufig zu Beleidigungen oder körperlichen Übergriffen auf Polizeibeamte, die dort ihren Dienst versehen.

Der Einsatzbereich in Hessen befindet sich in einem sog. „Partybereich“, der der Bremer Discomeile ähnelt. Dortige Erkenntnisse sind somit mit hoher Wahrscheinlichkeit auch auf die Discomeile in Bremen übertragbar. Der Probelauf soll deshalb im Bereich der Discomeile an Wochenenden durchgeführt werden.

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

Angesichts der gestiegenen Gewaltbereitschaft im Umfeld der Fußballszene ist der Einsatz der Schulterkamera auch bei Hochrisikospiele geplant, ebenso bei Sonderlagen im Bereich Sietwallkreuzung.

Für den Probelauf stehen zwei Kamerasysteme zur Verfügung. Dies sind unter anderem das Modell RS 2/3 von Reveal Media aus Großbritannien sowie das Modell T1 des Herstellers Zepcam aus den Niederlanden, das bereits bei der Polizei in Hessen im Einsatz ist (siehe auch www.tripleaudio.nl und www.polizeipraxis.de).

Insgesamt sollen vier Schulterkameras (jeweils zwei pro Kamerasystem) und die dazugehörigen Westen beschafft werden, wovon zwei zu weiteren Test- und Ausbildungszwecken bei der Direktion Zentrale Technische Dienste vorgehalten werden. Die Schulterkameras dürfen zunächst nur von Beweissicherungs- bzw. Dokumentationskräften der Bereitschaftspolizei genutzt werden. In geeigneten Beschulungsmaßnahmen wird eine allgemeine Unterweisung der theoretischen, rechtlichen und praktischen Grundlagen erfolgen.

Aufgrund der fehlenden rechtlichen Voraussetzungen wird sich die Doku-

mentation mittels Schulterkamera auf die bloße **visuelle Aufzeichnung** beschränken. Beleidigungen und provozierende Äußerungen werden nicht dokumentiert und können anschließend auch nicht als Sachbeweis eingebracht werden. Somit liegt durch die fehlende Audioaufzeichnung eine unzureichende bzw. unvollständige Dokumentation vor. Die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Tonaufzeichnung im BremPolG ist aus unserer Sicht unbedingt erforderlich.

Der Einsatz der Schulterkamera soll später auf die Direktion Schutzpolizei (Einzeldienst) ausgeweitet werden.

Sezer Demirci

GROSSEINSÄTZE

G7-Gipfel in Elmau – Bremen war dabei

Am Montag, dem 1. Juni 2015 war es auch für die Bereitschaftspolizei Bremen so weit: Eine Hundertschaft der Bereitschaftspolizei verlegte in den frühen Morgenstunden in Richtung Bayern, um dort die Kräfte bei der Bewältigung des G7-Einsatzes zu unterstützen. Nach etwa zehn Stunden Fahrt und 920 km Fahrtstrecke erreichte die Hundertschaft die Unterkunft in Österreich.

Für weitere Unterstützungsmaßnahmen des Großeinsatzes wurden auch Bremer Hundeführer und die technische Einsatzeinheit nach Bayern entsandt. Die Technische Einheit war für mögliche Ausfälle des Digitalfunks vorgesehen, sodass im Notfall der Analogfunk hätte eingesetzt werden können.

Unglücklicherweise waren unsere Kolleginnen und Kollegen in drei Orten in insgesamt sieben Objekten untergebracht. Dieses hatte zur Folge, dass die Dienstbesprechungen unnötig kompliziert und die vorgeplanten Zwölf-Stunden-Schichten noch weiterhin in die Länge gezogen wurden. Folglich reduzierten sich die Ruhezeiten stark.

Lange Nachtdienste

Während die Hundertschaft in den ersten beiden Einsatztagen Tagesdienste hatte, folgten ab dem Don-

nerstag insgesamt vier sehr langandauernde Nachtdienste mit zwölf Stunden und mehr. Die gesamten Einsatztage verliefen äußerst ruhig und unsere Kollegen und Kolleginnen trafen nur wenige Male im unwegsamen Gelände auf mögliche Störer.

In unserem Einsatzgebiet gab es zahlreiche Versorgungsstationen, die alle eingesetzten Kräfte optimal verpflegten. Ein weiterer Vorteil war, dass wir, im Gegensatz zu vielen anderen Kräften, auf unsere Fahrzeuge ständig zurückgreifen konnten. Gerade in den Nachtdiensten, bei teilweisem Starkregen und Unwetter, war dies ein großer Vorteil. Nasse Kleidung zu wechseln, war nun mit ein wenig Privatsphäre möglich. Die Versorgung durch die JUNGE GRUPPE (GdP) mit heißem Kaffee hob die Motivation noch einmal spürbar an.

Am Dienstag trat die Bereitschaftspolizei Bremen die Rückreise nach Bremen an. Eines der neuen Fahrzeuge schaffte es jedoch nicht einmal bis zur Landesgrenze und musste infolge eines Motorschadens stoppen. Einmal mehr ein Beleg dafür, dass nicht alle Fahrzeuge den heutigen Einsatzanforderungen entsprechen.

Als GdP-Fachgruppe Bereitschaftspolizei fassen wir Folgendes zusammen:

Die langen Dienstzeiten von mehr als zwölf Stunden am Stück führten zu einer starken Belastung der Kolleginnen und Kollegen. Die langen Dienstzeiten erfordern selbstverständlich Ru-

hezeiten, die jedoch nicht eingehalten werden konnten.

Die angefallenen Überstunden können nur schwer abgebaut werden, denn aufgrund der sinkenden Personalzahlen in den einzelnen Einsatzeinheiten und der ständig wachsenden Aufgabenbelastung ist ein Abbau dieser geleisteten Überstunden im Alltagsgeschäft so gut wie unmöglich. Nur eine Bezahlung kann die zusätzlich angefallene Überstundenproblematik lösen. Diese muss zeitnah erfolgen.

Der Einsatz in Bayern zeigt erneut, dass die Anzahl der Einsätze für die Bremer Bereitschaftspolizei im Bundesgebiet zunimmt. Das Fehlen der Bereitschaftspolizei in Bremen führt zu einer Belastungsverschiebung: Andere Einheiten fangen die Aufgaben im Land Bremen auf, andere Aufgaben bleiben liegen. Die Erhöhung der Personalstärke der Bereitschaftspolizei könnte die Entlastung der Polizei Bremen insgesamt bewirken, aber vor allem senkt sie die Belastung der Kolleginnen und Kollegen.

Mein persönliches Fazit:

Und jetzt kommt die Urlaubszeit, die Fußballsaison beginnt bald mit weiteren Risikospiele aus der Bundesliga und jetzt auch aus der 3. Liga – und das alles bei reduzierten Stärken der Bereitschaftspolizei. An einen Freizeitausgleich, um mich zu erholen und Zeit mit meiner Familie zu verbringen, ist gegenwärtig nicht zu denken.

Tim Wilhelmy



FACHGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI

Viel Inhalt in drei Tagen Fachgruppenseminar

Vom 4. bis 6. Mai 2015 traf sich die FG Bepo plus einige neue Gesichter in Tossens. Es blieben einige wenige Plätze frei, die es im nächsten Jahr auf jeden Fall zu besetzen gilt.

Zu Beginn der Veranstaltung erschien der stellv. Landesvorsitzende und gleichzeitiger Leiter des ESD M/W, **Heinfried Keithahn**, und berichtete uns ausführlich über aktuelle Änderungen im Bereich der Besoldungsanpassung für die Jahre 2015 und 2016, über die Verwendungszulage, die Versorgung bei privaten Unfällen oder Dienstunfällen und zum Thema Beihilfe.

Gerade im Bereich der Beihilfe besteht großer Bedarf an Informationen. Die Fachgruppe der BP organisierte dazu bereits im Juli eine Informationsveranstaltung.

Am Nachmittag begrüßten wir den **Polizeipräsidenten, Herrn Lutz Müller**. In einer regen Diskussionsrunde wurde u. a. das Thema Personalentwicklung in den kommenden Jahren erörtert und welche Auswirkung diese auf den Bereich der BP haben könnte.

Rosige Zeiten werden es nicht, im Jahr 2016 wird es noch enger mit dem Personalbestand.

Weitere Themen waren der geplante Probelauf „Bodycam“ bzw. Schulterkamera im Bereich der BP, die Umstrukturierung der BP 11 (Fahrschule), Zentralgewahrsam, der anstehende Großeinsatz im Mai/Juni 2015 in München und die altersgerechte Personalsteuerung mit ihren ersten Anlaufschwierigkeiten und Problemen.

Am Morgen des zweiten Tages erschien der **Landesvorsitzende Jochen Kopelke** und gab uns ausführliche Einblicke in das Thema Tarifergebnis 2015, in die aktuellen Möglichkeiten der Kommunikation mit allen Mitgliedern über die Medien WhatsApp, E-Mail und Facebook, Informationen über seine gewerkschaftliche Sicht auf die kommenden Bürgerschaftswahlen in Bremen und über aktuelle gewerkschaftliche Themen aus dem Bundesgebiet.

Am Nachmittag des zweiten Tages durften wir dann den **Leiter der Be-**

reitschaftspolizei, Herrn Michael Steines, und den neuen **AL 2 Tom Renken** begrüßen. Nach einer Vorstellung von Tom Renken wurden mit beiden die Problematik der Personalentwicklung und mögliche Folgen für die BP erörtert.

Weiterhin wurden erste Probleme und Bedenken der altersgerechten Personalsteuerung im Beamtenbereich und bei den Tarifbeschäftigten im PGW offengelegt. Ein weiteres Kernthema war auch das mögliche Zukunftsmodell „Zentralgewahrsam“.

Ich freue mich schon auf das nächste Seminar in Tossens, voraussichtlich

vom 9. bis 11. 5. 2016 und hoffe auf zahlreiche Meldungen aus den Reihen der BP.

Die dreitägige Bildungsveranstaltung kann mit Bildungsurlaub (für Beamte) bzw. Arbeitsbefreiung (für Arbeitnehmer) besucht werden.

Musteranträge sind auf Anfrage bei Tim Wilhelmy oder anderen Mitgliedern des Vorstandes erhältlich.

Anmeldungen nehmen die freundlichen Kolleginnen der Geschäftsstelle gerne unter Telefon 04 21-9 49 58 50 oder per E-Mail (gaby.buziek@gdp.de) entgegen.

Tim Wilhelmy

GdP-SERVICE-GMBH



GdP Service GmbH

...einfach sparen!



SAVE THE DATE!!!

GdP-Party im Café Sand direkt an der Weser

Samstag, 10.10.2015, ab 18:00 Uhr

**Karten pro Person nur 5€ inkl. Essen und
Übersetzen mit der Sielwallfähre!**

Anmeldung und Kartenreservierung
ab sofort über die GdP-Geschäftsstelle
unter 0421-94 95 85 4



GROSSEINSÄTZE

JUNGE GRUPPE betreut G7-Gipfel in Elmau

Treffen der G7-Staaten in Elmau – Bayern, Tausende Globalisierungsgegner protestierten gegen den Gipfel, 17.000 Polizisten im Einsatz bei teilweise sportlichen 33 Grad, und wir waren als JUNGE GRUPPE (GdP) dabei.

In der Zeit vom 5. bis 8. 6. 2015 führten wir anlässlich des o. g. Einsatzes einen Betreuungseinsatz durch. Hierzu vereinten sich, federführend durch die GdP Bayern sowie der JUNGE GRUPPE Bund, diverse junge Kolleginnen und Kollegen der JUNGEN GRUPPE aus sämtlichen Bundesländern, um die Einsatzkräfte während der Haupteinsatzzeit zu versorgen. Der Einsatz erfolgte in Zweierteams im Dreischichtsystem, um eine 24-Stunden-Betreuung gewährleisten zu können.

Bewaffnet mit heißem Kaffee, kleinen Leckereien, Mücken- und Sonnenschutz sowie diversen Werbebeschenken, begaben wir uns von der Geschäftsstelle der GdP München aus in den Einsatzraum nach Elmau und fuhren dort die einzelnen Einsatzkräfte an, um ihnen die Zwölf-Stunden-Dienste ein wenig zu erleichtern und um Probleme vor Ort erkennen und möglichst lösen zu können. Hierfür stand den Einsatzkräften auch eine 24-Stunden-Hotline der GdP zur Verfügung.

Eine Betreuung der Kräfte in den Sicherheitsbereichen 1 und 2 war aufgrund unserer fehlenden Akkreditierung leider nicht möglich. Dank eines glücklichen Zufalls konnte die Bremer Hundertschaft, welche ebenfalls originär im Sicherheitsbereich 2 eingesetzt war, durch uns dennoch betreut werden, da diese wegen einer Lage in Garmisch-Partenkirchen zwischenzeitlich einen B-Ort außerhalb des Sicherheitsbereiches eingenommen hatte.

Einsatzkräfte waren dankbar

Insgesamt stieß unsere Betreuung auf durchweg positive Reaktionen und wurde gut angenommen. Vielen

Kolleginnen und Kollegen war nicht bewusst, dass es sich bei gewerkschaftlicher Arbeit um ein Ehrenamt handelt und solche Betreuungseinsätze in unserer Freizeit – selbstverständlich ohne Vergütung – durchgeführt werden. Umso größer war die Dankbarkeit für unsere Arbeit und wir durften ordentlich Lob ernten.

Es waren vier spannende, aber auch anstrengende Tage, in denen

wir für die Kolleginnen und Kollegen da sein konnten. Vielen Dank an alle, die dabei waren, und insbesondere einen großen Dank an die GdP Bayern und die JUNGE GRUPPE Bund, die diesen Einsatz mit ihrer umfassenden Planung und Koordinierung erst möglich gemacht hat.

Maïke Buggel,
stellv. Landesjungendvorsitzende
JUNGE GRUPPE

GdP-SERVICE-GMBH

David Skupien neuer Geschäftsführer der GdP-Service-GmbH

Jahrelang leitete **Tim Gelineck** als Geschäftsführer die GdP-Service GmbH. Eine Vielzahl an Vorteilsangeboten für GdP-Mitglieder konnten in seiner Zeit ermöglicht werden. Doch jetzt musste er aufgrund seiner neuen beruflichen Herausforderung die Geschäftsführung abgeben. Nachfolger von Tim Gelineck ist unser GdP Mitglied **David Skupien**. Auf der erforderlichen Sitzung wurde David Skupien einstimmig zum neuen Ge-



schäftsführer der GdP-Service-GmbH gewählt. „Auch in Zukunft werden wir unseren GdP-Mitgliedern tolle Angebote ermöglichen. Ich freue mich auf die neue Herausforderung“, so David Skupien in seiner Antrittsrede vor dem GdP-Vorstand. Wir bedanken uns bei Tim Gelineck für die geleistete Arbeit und wünschen ihm viel Erfolg beim Aufstieg in den höheren Dienst.



David Skupien, neuer Geschäftsführer der GdP-Service-GmbH

Wer noch nicht die aktuellen Angebote und Preisvorteile der GdP-Service-GmbH kennt, muss sich nur bei unserer Kollegin Anne Bauer in der Geschäftsstelle der GdP melden: Anne.Bauer@gdp.de

Bekannt? Tägliche Reiseangebote zuschicken lassen und Geld sparen. Nimm Kontakt mit uns auf, deine GdP-Service-GmbH!



FACHGRUPPE WASSERSCHUTZ- UND VERKEHRSPOLIZEI

Seminar unter dem Einfluss erneuter Reform

Trennung Wasserschutz und Verkehr zieht sich

Im Verlauf des Seminars fanden die Teilnehmer deutliche Kritik an der Reihenfolge der Schritte im Zusammenhang mit der geplanten Neuorganisation der Direktion Wasserschutz- und Verkehrspolizei (D WV) und der damit verbundenen Trennungsvorgang des Polizeivizepräsidenten (PVP) in den Bereich „Wasserschutzpolizei“ und den Bereich „Verkehrsangelegenheiten“, so die Bezeichnungen in der Trennungsvorgang.

Am ersten Seminartag gab der GdP-Landesvorsitzende **Jochen Kopelke** einen Überblick über die aktuell die GdP beschäftigenden Themen. Hierzu zählten insbesondere:

- die Bürgerschaftswahl und deren mögliche Folgen für die GdP-Mitglieder (z. B. Parteitagbeschluss der SPD),
- die Besoldungsanpassung,
- die GdP als **der** Ansprechpartner der Medien in Bremen und Bremerhaven,
- Themen, die die GdP Bremen auf Bundesebene bewegen, wie z. B. der Spuckschutz und Gewalt gegen Polizeibeamte,
- sowie die Renovierung der GdP-Geschäftsstelle.

Darüber hinaus beantwortete Jochen auch konkrete Fragen der Teilnehmer.

Einen Schwerpunkt des Seminars bildeten die aktuelle Situation und der Ausblick in der D WV. Hierzu waren als Gäste eingeladen der **LPD Gerhard Schulze** für den Bereich Wasserschutzpolizei sowie **EPHK Charles Ahlers** für den Bereich Verkehrsangelegenheiten. Die Gäste beantworteten die Fragen der Teilnehmer und gingen dabei u. a. auf den aktuellen Planungsstand der Organisationsveränderung, die Raumplanung, die Personalsituation und den Fahrzeugpool ein.

Ganz deutlich kritisierten die Teilnehmer in diesem Zusammenhang die Reihenfolge der Entscheidungen

in dem Reformprozess. Zunächst wurde Ende 2014 eine Trennungsvorgang der Behördenleitung für eine Übergangszeit erlassen, ohne zu diesem Zeitpunkt zu wissen, wie die konkrete Organisationsstruktur für die beiden Bereiche zukünftig aussehen soll bzw. diese politisch beschlossen wird. Seither wird die Planung im Rahmen von zwei Projekten fortgesetzt. Projektverantwortliche sind für den Bereich WSP Gerhard Schulze und für den Bereich Verkehrsangelegenheiten Jens Rezewski.

Wasserschutz- und Verkehrspolizei werden Begrifflichkeiten, die bisher in keinsten Weise offiziell eingeführt wurden, wie WS für Wasserschutz bzw. VK für den Verkehrsbereich verwendet. Ein Umstand, der bei den Kolleginnen und Kollegen zusehends für Verwirrung sorgt. Weil eben diese zur Verwirrung der Beschäftigten beitragende Situation erwartet wurde, forderte die GdP bereits in der Februar-Ausgabe Deutsche Polizei, die sogenannte Übergangszeit so kurz wie möglich zu



Die Seminarteilnehmer der Fachgruppe Wasserschutz- und Verkehrspolizei

Aktuell geplante Zeitschiene: Vorlage der Projektergebnisse an den Senator für Inneres im Herbst, Vorstellung in der Innendeputation Ende 2015! Derweil wurde bereits das Sachgebiet Zentrale Dienste (WV 01) auch räumlich getrennt. Der WSP-Teil von WV 01 ist nach Bremerhaven umgezogen. Darüber hinaus entwickelt sich zusehends eine Parallelorganisation neben der formal gültigen Organisationsstruktur sowie Organisationsbezeichnungen gemäß Geschäftsverteilungsplan. Statt WV für

halten. Bei einer nun zu erwartenden Übergangszeit von voraussichtlich mehr als einem Jahr kann da sicherlich nicht mehr von **kurz** die Rede sein.

Ferner wurden im Verlauf des Seminars noch die Themen: Auswirkungen der Organisationsveränderung auf die FG WV, Personalratswahlen 2016 sowie der Dienstsport in der Polizei Bremen behandelt.

Dierk Stahl,
Fachgruppenvorsitzender



Kirchentage – Damit wir klug werden

Der 35. Evangelische Kirchentag in Stuttgart vom 3. bis 7. Juni stand unter der Losung: „Damit wir klug werden.“

Bei sonnigen 30 Grad Celsius strömten die Kirchentagsbesucher u. a. über den Markt der Möglichkeiten und schwitzten, während sie in den riesigen Zelten die Stände abließen, Bibelarbeiten begleiteten, Konzerte besuchten oder in den U-Bahnen gemeinsam Lieder sangen.

600.000 Menschen besuchten über die fünf Tage das Christentreffen und zeigten durchweg freundliches und verständnisvolles Verhalten und brachten Ruhe und Geduld mit zu dieser Großveranstaltung. Die ca. 300 Beamtinnen und Beamten wurden unterstützt durch ca. 5000 freiwillige Helferinnen und Helfer, die auf dem Kirchentag für Organisation und ruhigen Besucherfluss sorgten.

Die GdP zeigte auch in diesem Jahr Präsenz auf dem Markt der Möglichkeiten am gemeinsamen Stand mit dem DGB. Gewerkschaftliche, politische, polizeiliche und auch kirchliche Fragen aller Art wurden durch die Kollegen/-innen am Stand diskutiert und beantwortet. Aus Bremen, Hessen, Niedersachsen, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg

kamen die Gewerkschaftler/-innen und gaben Tipps und Antworten u.a. zum Thema Häusliche Gewalt und präsentierten die Aktion „Auch Mensch“.

Prominenter Besuch am GdP-Stand

Besucht wurde der GdP-Stand kurz u. a. von **Winfried Kretschmann** (Ministerpräsident von Baden-Württemberg) und **Heiko Maas** (Bundesjustizminister), die aber leider aus Zeitgründen keinen sachorientierten Wortwechsel zuließen.

Torsten Rohde (Bundesvorstand/Bundesjugendleiter) erhielt tat-

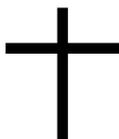
kräftige Unterstützung zum einen durch Dagmar Hölzl (Bundesfrauenvorsitzende Baden-Württemberg), Martina Filla (Vorstand Frauengruppe NRW) und Elke Gündner-Ede (GBV-Vorstand Niedersachsen) aus der Frauengruppe. Ebenfalls kam Engagement aus der Jungen Gruppe durch Lara Eckholtz (Vorstand Junge Gruppe Bremen) und Christoph Möhring (Vorstand Junge Gruppe Hessen).

Die Highlights für viele Kirchentagsbesucher waren in diesem Jahr zum einen der Auftritt der Wise Guys und zum anderen das Konzert von Andreas Bourani.

Lara Eckholtz



NACHRUF



Leider müssen wir Abschied nehmen von unserem langjährigen

Mitglied und Personalrat

Adolf Flegel

Adolf Flegel verstarb im Alter von 83 Jahren.

Er war seit 1948 engagiertes Gewerkschaftsmitglied, zuerst im DGB, dann in der ÖTV und schließlich in der GdP.

Er war einer der Gründungsväter des Landesbezirks Bremen.

Adolf schätzte das klare Wort, er setzte sich als freigestelltes Personalratsmitglied viele Jahre erfolgreich für seine Kolleginnen und Kollegen ein.

Neben seinem gewerkschaftlichen und personalrätlichen Engagement war er unter anderem in der IPA, dem Polizeisportverein und der SPD aktiv.

Wir werden ihn als couragierten und geselligen Kollegen immer in Erinnerung behalten.

Deine GdP Bremen

